Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3281

18. 10. 79

Sachgebiet 75

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Dollinger, Pfeifer, Dr. Riesenhuber, Dr. Narjes, Lenzer, Benz, Engelsberger, Gerstein, Dr. Hubrig, Dr. Probst, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Laufs, Pfeffermann, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz und der Fraktion der CDU/CSU

Beitrag der Kernenergie zur Sicherung der Energieversorgung

1. Der Ausbau der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland ist die erklärte Politik der Bundesregierung.

   So hat der Bundeskanzler auf der europäischen Nuklearkonferenz in Hamburg erklärt:

   „Viertes Element im energiepolitischen Konzept der Bundesregierung ist der begrenzte Ausbau der Kernenergie. Ich bin der Überzeugung, daß die nukleare Energie als Option erhalten bleiben muß. Ich spreche damit von der Kernenergie, die in der Weltwirtschaft eine bereits unverzichtbare quantitative Rolle spielt, wenn auch eine bisher nur ergänzende, komplementäre Rolle in der Energieversorgung. Ich denke, daß die Kernenergie auf absehbare Zeit – für den Rest dieses Jahrhunderts jedenfalls – diese Rolle spielen muß, schon um den Bedarf der Entwicklungsländer an Energieressourcen zu günstigen wirtschaftlichen Bedingungen decken zu können."

   Darüber hinaus hat sich die Bundesregierung in internationalen Vereinbarungen zum Ausbau der Kernenergie verpflichtet, so z. B. auf dem Weltwirtschaftsgipfel 1979 in Tokio:

   „Ohne einen Ausbau der Kernenergie in den kommenden Jahrzehnten werden sich Wirtschaftswachstum und höhere Beschäftigung nur schwer erreichen lassen. Dies muß jedoch unter Bedingungen geschehen, die die Sicherheit der Menschen gewährleisten."

   So auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Bonn:

   „Die weitere Entwicklung der Kernenergie ist unerläßlich und die bei der Durchführung der Kernkraftprogramme eingetretene rückläufige Entwicklung muß umgekehrt werden."

   Nach weiteren Erklärungen der Bundesregierung ist die

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 2008 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

friedliche Nutzung der Kernenergie notwendig, um Energieversorgung, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu sichern und die Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland vom Öl zu mindern.

Zwischen allen Fraktionen des Deutschen Bundestages besteht Einmütigkeit darüber, daß Voraussetzung für die friedliche Nutzung der Kernenergie in Deutschland insbesondere eine weitgehende Sicherung gegen Störfälle und eine geregelte Entsorgung sind:

— Die Bundesregierung stellt in ihrem Strahlenschutzbericht fest, daß die Strahlenbelastung aus Kernkraftwerken klein ist gegenüber der natürlichen Stahlenbelastung und auch klein gegenüber der Strahlenbelastung aus medizinischen Untersuchungen und damit vertretbar sei.
— Die Bundesregierung stellt in der Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms fest, daß sie bereits bisher alles Erforderliche getan hat und dadurch für diese Probleme verantwortbare Lösungen und einen auch im internationalen Vergleich hohen Sicherheitsstandard kerntechnischer Anlagen durchgesetzt hat.
— Das Entsorgungskonzept ist vom Bundeskanzler mit den Ministerpräsidenten der Länder vereinbart worden.

Somit ist nach den Aussagen der Bundesregierung die friedliche Nutzung der Kernenergie in Deutschland nicht nur möglich, die Voraussetzung für ihren Einsatz ist nach den eigenen Forderungen der Bundesregierung geschaffen.

2. Im Gegensatz zu den erklärten Absichten der Bundesregierung stagniert der Ausbau der Kernenergie in Deutschland.

Diese tatsächlichen Verhältnisse entsprechen den Parteitagsbeschlüssen der SPD bis in die jüngste Zeit. Auf Landes- und Bezirksparteitagen hat die SPD gegen den Ausbau der Kernenergie votiert:

— Landesverband Baden-Württemberg,
— Landesverband Bayern,
— Bezirk Hannover.

Auch nach dem einvernehmlichen Beschluß des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidenten der Länder über das Entsorgungskonzept lehnen SPD-Parteitage mit Mehrheit die nach Ansicht der Bundesregierung erforderliche friedliche Nutzung der Kernenergie ab:

— Landesverband Schleswig-Holstein,
— Landesverband Saar,
— Landesverband Hamburg,
— Bezirk Hessen-Süd.

Selbst ein Ministerpräsident, Holger Börner in Hessen, konnte das Konzept der Bundesregierung auf dem SPD-Bezirksparteitag Hessen-Süd nicht durchsetzen.

3. Der ständige Widerspruch zwischen der erklärten Politik der Bundesregierung und den Parteitagsbeschlüssen der SPD hat

zu einer Verunsicherung geführt, die den Ausbau der Kernenergie zum Erliegen zu bringen droht; seit vier Jahren sind neue Kernkraftwerke nicht mehr bestellt worden.

Voraussetzung für jede langfristige Energiepolitik, für jede Planung in der Energiewirtschaft und damit der Sicherung unserer künftigen Energieversorgung ist jedoch das Vertrauen in die Zuverlässigkeit politischer Rahmenbedingungen.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Wird die Bundesregierung – unabhängig von Parteitagsbeschlüssen – den Ausbau der Kernenergie in Deutschland im notwendigen Umfang durchsetzen, so daß Kernenergie gleichberechtigt neben allen anderen Energiequellen (nach Ausschöpfung aller sinnvoller Energieeinsparungsmaßnahmen) einen Beitrag zur Sicherung unserer Energieversorgung leisten kann?

2. Wird die Bundesregierung – unabhängig von Parteitagsbeschlüssen – das mit den Ministerpräsidenten vereinbarte Entsorgungskonzept in ihrem Verantwortungsbereich zügig durchsetzen?

3. Wird die Bundesregierung zu ihren internationalen Verpflichtungen stehen, und wie gedenkt sie die von ihr gegebenen Zusagen durchzusetzen?

Bonn, den 18. Oktober 1979

Dr. Dollinger
Pfeifer
Dr. Riesenhuber
Dr. Narjes
Lenzer
Benz
Engelsberger
Gerstein
Dr. Hubrig
Dr. Probst
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim
Dr. Laufs
Pfeffermann
Dr. Stavenhagen
Frau Dr. Walz
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

